

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Herrnsdorf, Bernsdorf,

Wittenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschenheim u.

— Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen. —

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aus-
träger, sowie alle Postanstalten.

Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg.
die einzelne Nummer 5 „
Durch die Post bezogen 1.25 Mk. excl. Postgebühren.
Frei ins Haus monatlich 42 Pfg.
vierteljährlich 1. Mk. 25 Pfg.

Insertionsgebühren: die sechsgepaaltene Corpusspaltzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 8.

Fernsprecher Nr. 151.

Freitag, den 12. Januar 1906.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

33. Jahrgang.

Freibank Hohenstein-Ernstthal: Heute rohes und gekochtes Rindfleisch; à Pfund 45 u. 35 Pfg.

Staatsminister v. Thielen.

Der frühere preussische Eisenbahnminister von Thielen, der an einer schweren Lungenerkrankung erkrankt war, ist am Mittwoch nachmittag in Berlin gestorben. Er war 1832 in Wesel am Rhein als Sohn des späteren Feldpropstes Thielen geboren, studierte die Rechte und war dann im Eisenbahndienst tätig. Die Leitung des Eisenbahnministeriums übernahm er als Nachfolger Maybachs am 20. Juni 1891 und trat fast an demselben Tage des Jahres 1902 zurück. Vom Kaiser wurde der Minister im Jahre 1900 in den erblichen Adelsstand erhoben. Seine Verdienste um das Eisenbahnenwesen Preußens sind ganz bedeutende. Unter seiner Leitung haben sich die Staatsbahnen von 24 700 auf rund 32 000 Kilometer vergrößert. Dazu sind auch die hessischen Staatsbahnen gerechnet, die seit dem Jahre 1897 mit den preussischen Staatsbahnen durch Thielen und Miquel zu einer Betriebs- und Finanzgemeinschaft vereinigt sind. Auch das Kleinbahnenwesen wurde eifrig gefördert. Ueber 6000 Kilometer Kleinbahnen sind unter dem Ministerium Thielen gebaut worden. Das Beamten- und Arbeiterpersonal der Staats-
eisenbahnverwaltung ist unter Herrn von Thielen von 250 000 auf 400 000 Köpfe angewachsen. Für das materielle Wohl dieses Eisenbahners hat der Minister nach Kräften gesorgt. Unter dem Ministerium Thielen wurde die Sonntagsruhe im Güterverkehr eingeführt, wie auch feste Grundzüge für die tägliche Dienstreise der Betriebsbeamten aufgestellt wurden. Eines der letzten Verdienste Thielen's war die Einführung der 45tägigen Radsfahrarten. Bei seinem Scheiden hat er das preussische Eisenbahnenwesen seinem Nachfolger von Budda als das beste Europas übergeben können.

Die Vorgänge in Rußland.

Die Lage in Rußland beginnt sich wieder ernstlicher zu gestalten. Es sind auf neue Meutereien, Straßenkämpfe und Judenmorde vorgetrieben, und es liegt die Gefahr nahe, daß sich die Situation noch mehr verschärft, wenn der Zar wirklich, wie es fort und fort behauptet wird, den Grafen Witte bei Seite schiebt und den Raschkölnen Treponow's Gehör schenkt. Graf Witte ist schon seit zehn Tagen nicht mehr vom Kaiser empfangen worden.

In Tiflis haben erneute blutige Straßenkämpfe stattgefunden. Viele Kasaken wurden durch Bomben getötet. Viele Häuser der Revolutionäre wurden von Artillerie beschossen. Die Armenier in Elisabethpol massakrierten angeblich die mohamedanischen Einwohner der Stadt. Die Zustände im Kaukasus werden auch von amtlicher russischer Seite in Berichten an den Zaren als geradezu trostlos bezeichnet.

In Sibirien spielen sich fortgesetzt Schreckensszenen ab. Ein allgemeiner Aufstand erscheint unvermeidlich. In Irkutsk fand eine blutige Schlacht zwischen Kasaken und meuternden Truppen statt. Viele Hundert Soldaten wurden getötet und ihre Leichen in den Baikalsee geworfen. Die Mannschaft eines in Pestsibirien in Reparatur befindlichen russischen Transportschiffes meuterte.

In Rußland-Polen gärt es gleichfalls, wie der Anschlag revolutionärer Arbeiter auf einen politischen Verbacher bezeugt. Der Personengang und die blutigen Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Kasaken in einem Flecken unweit Sosnowice beweisen. In Beshai im Gouvernement Podoilien sind Judenramalle ausgebrochen, wobei ein Teil der Stadt eingekesselt wurde. Auch in den Ostseeprovinzen kriecht es noch fortgesetzt. In der Umgegend von Mitau hindern die Bauern die Güterbesitzer an der Holzabfuhr nach Preußen. In Moskau wurde an 18 Revolutionären, unter denen sich ein deutscher Adelsfabrikant namens Schmidt befand, das Todesurteil vollstreckt. Der Direktor und Unterdirektor einer Gummi-

warenfabrik, letzterer ein Oesterreicher, wurden verhaftet.

Der Ministerpräsident Graf Witte befolgt gegenwärtig ein so scharfes Regiment, daß auch diejenigen sich beschwert fühlen, die auf Grund des Jarenmanifestes vom 30. Oktober die Regierung unterstützen. Dem Zentralkomitee des Verbandes vom 30. Oktober erwiderte Witte gelegentlich einer Audienz, daß er die behördlichen Maßnahmen gegen die Versammlungen des Verbandes durchaus billige. Auch über den vorausgeschickten Termin des Zusammentritts der Reichsduma äußerte sich der Ministerpräsident, indem er erklärte, dieses große Ereignis stehe etwa für den 1. April bevor. Der Zar verlange die schnelle Einberufung der Reichsduma. Daß man sich in dieser Beziehung seitens der russischen Staatsleiter einer Ueberzeugung schuldig machte, das wird niemand behaupten wollen.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 10. Januar.

Das Haus fährt bei mäßiger Besetzung mit der ersten Beratung der Steuerentwürfe fort.

Abg. Reith (kons.) erklärt, daß seine Freunde die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen vorbehaltlos anerkennen, sich aber ihre Stellung zu den einzelnen Steuerentwürfen vorbehalten müßten; denn als unteilbares Ganzes könnten auch die diese Vorschläge nicht ansehen. Bezüglich der Begrenzung der Matrifularbeiträge stehe der größte Teil seiner Freunde auf dem Standpunkte der verbündeten Regierungen. Er selbst jedoch mit einem anderen Teile seiner Freunde sei für völlige Befreiung der Matrifularbeiträge. Eine mäßige Erhöhung der Maßsteuer würden die Konsumenten überhaupt nicht merken. Sie sowohl wie auch die Schankwirte würden sich selbst mit einer etwas erheblicheren Erhöhung dieser Steuer abfinden können, wenn man sich nur in Norddeutschland entschließen könnte, zur Pfennigrechnung überzugehen. Der Tabak sei an sich ein geeignetes Steuerobjekt. In der Kommission werde aber zu prüfen sein, ob nicht durch die betreffende Vorlage die Interessen der Tabakindustrie zu sehr geschädigt würden. Die Quittungssteuer und der Stempel auf Frachtbriefe werde von der Mehrzahl seiner Freunde nicht gebilligt, dagegen seien sie mit dem Fahrkartensattel einverstanden. Die Erbschaftsteuer müsse nach Ansicht seiner Freunde den Einzelstaaten verbleiben, für seine Freunde heiße es in diesem Punkte: principii obsta! Redner befürwortet schließlich Ausfuhrsteuern auf Kohlen und Kali und namentlich auf eine Weinsteuer, zum mindesten eine Steuer auf Flaschenweine. (Beifall rechts.)

Abg. Wiemer (frei. Volksp.) tritt für Aufrechterhaltung der Matrifularbeiträge ein. Es komme dem Reichsgedanken nur zu gute, wenn die Einzelstaaten durch die Matrifularbeiträge auf Gedeih und Verderb mit dem Reiche verbunden blieben. Angesichts der zu erwartenden natürlichen Entwicklung der Einnahmen und des Aufstommens aus den neuen Zöllen werde jetzt dem Reichstage zugemutet, Einnahmen auf Vorrat zu bewilligen. Seine Freunde würden da unter keinen Umständen mittun, zumal schon jetzt für die breiten Massen der Lebensunterhalt durch die Verteuerung der Nahrungsmittel übermäßig erschwert sei. Ehe an neue indirekte Steuern auch nur gedacht werden dürfe, müßten die bestehenden Steuern reformiert, vor allem die sogenannte Liebesgabe bei der Branntweinsteuer beseitigt werden. Mit der Erbschaftsteuer seien seine Freunde im Prinzip einverstanden. Aber es müßten Erbschaften an die tote Hand mit dem höchsten Steuerfah für Nichtverwandte besteuert werden und die Bevorzugungen der landwirtschaftlichen Nachlässe wegfallen. Das Verlangen nach Besteuerung auch der Deszendenten dagegen stoße auf schwere Bedenken. Weiter erklärt sich Redner gegen die Quittungs- und son-

stigen Verkehrssteuern und besonders lebhaft auch gegen die Erhöhung der Steuern auf Bier und Tabak.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erklärt, in fast allen Punkten anderer Ansicht zu sein als der Vorredner. (Große Heiterkeit.) Neue Steuern sind nötig, damit das Reich seine Aufgaben erfüllen: Regelung der Schuldentilgung, Beseitigung der Schwankungen in den Matrifularbeiträgen, Ausbau der Flotte, Förderung der Kolonialpolitik, Militärpensions- und Arbeiterrentenwesen. Redner äußert dann namens seiner Freunde einige Wünsche im einzelnen. Bei der Erbschaftsteuer müsse das immobile Kapital entschieden weniger hoch besteuert werden als das mobile. Bei der Tabaksteuer sei nicht mehr viel herauszuholen. Der Tabakbau müsse jedenfalls in der Kommission geschützt werden. Auch müßten Verschreibungen mit der Fabrikation möglichst vermieden werden.

Abg. Pacht (frei. Vg.) verlangt vor allem eine Reform der Branntweinsteuer. Bei der Materialsteuer gehe die Rückvergütung weit über die Steuern selbst hinaus, und die Liebesgaben müßten endlich beseitigt werden. Die Biersteuer habe den Charakter einer gewerblichen Sonderbesteuerung gegenüber Brauereien und Wirten. Viele Brauereien würden nur sehr bescheidene Erträge abgeben. Die Spannung zwischen dem Bierpreis und den Ausschankpreisen betrage nicht 20, sondern nur 12 Pfg. pro Liter. Die Verbrauchsteuer auf Bier sei genau ebenso eine Kopfsteuer wie die Matrifularbeiträge, für deren Abschaffung die Rechte ja gerade ihren Charakter als Kopfsteuer geltend zu machen pflegen. Redner befreit den Reichstagler gegenüber, daß die direkten Steuern verfassungsmäßig den Einzelstaaten vorbehalten seien. Das Surrogat-Verbot akzeptiere er und seine Freunde, ebenso eine Staffelung, soweit sie zur Ausgleichung der Ausbeutungs-Unterschiede diene. Unannehmbar sei ihm dagegen eine Staffelung über einen solchen Ausgleich hinaus, der die großen Brauereien treffen solle, weil sie eben große Brauereien seien. Die Tabaksteuer vorlage sei schon jetzt als so gut wie verloren anzusehen. Eine Wertsteuer auf Tabak sei undurchführbar. Bestimmungen könne man nur einem erhöhten Zoll auf Tabakfabrikate. Weiter bekämpft Redner die Quittungs- und die Fahrkartenssteuer. Die relative Beste unter den hier vorgelegten Steuern sei die Reichserbschaftsteuer; doch dürften die Deszendenten keinesfalls herausgelassen werden. Mit einer kräftigen Erbschaftsteuer und mit der Reform der Branntweinsteuer werde sich jedenfalls der Bedarf des Reiches decken lassen. Der Reichstag werde nicht so unkonsequent sein und Steuern bewilligen, die er schon früher mit großer Mehrheit abgelehnt habe. (Beifall.)

Abg. Raab (Antif.) wollte man das Reich ausschließlich auf indirekte Steuern verweisen, so würde man es vor Schaffeln setzen, die entweder schon leer sind oder doch über kurz oder lang leer werden müßten. Die verbündeten Regierungen schienen leider den aufrührerischen Charakter der indirekten Steuern noch nicht erkannt zu haben. An der Biersteuer vorlage sei nur die Staffelung als solche, das Surrogat-Verbot und ebenfalls ein höherer Zoll auf inländische Biere annehmbar. Redner lehnt ferner die vorgeschlagene höhere Tabaksteuer und die Verkehrssteuern ab, empfiehlt dagegen zur Deckung des Bedarfs des Reiches Wehrsteuer, Zuzugssteuer, Umsatzsteuer auf Warenhäuser und auf Großbetriebe überhaupt, Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden, erhöhte Vorsteuer, Ausfuhrzoll auf Kali, ferner Reichseinkommensteuer. Bei der Verteuerung der größten und größten Einkommen brauche man nicht etwa schon bei 5 Prozent, ja, noch nicht einmal bei 10 Prozent Halt zu machen.

Abg. Südekum (Soz.) bekämpft die Biersteuer vorlage. Die Berufung auf Süddeutschland treffe nicht zu, denn dort seien eben andere Verhältnisse. In Bayern sei der Bierkonsum viel größer als bei uns, bei gleichzeitig viel primitiveren Ausschankzuständen. Die angeblichen Verwüstungen, die der Großbetrieb im Brauereigewerbe angerichtet habe, beschränke sich in der Hauptsache auf die Zweigbetriebe, und infolge einer völligen Umwand-

lung der Geschmacksrichtung des Publikums auf die obergärigen Brauereien. Jede Verteuerung des Bieres bringe die Gefahr einer abermaligen Steigerung des Schnapsgenusses mit sich. Schon dieser eine Umstand hätte den Schatzsekretär veranlassen müssen, lieber mit der Branntwein-Liebesgabe aufzuräumen, als das Bier zu verteuern. (Sehr richtig! links.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr. Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

35. öffentliche Sitzung.

Dresden, 10. Januar. Präsident Geh. Hofrat Dr. Wichert eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 10 Min.

Auf der Tagesordnung stehen: 1) Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Titel 16a bis f von Kap. 40 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1906/07, Neu- und Erweiterungsbauten und Realerwerbungen bei Land- und Amtsgerichten und eine darauf bezügliche Petition betreffend. (Drucksache Nr. 69.) 2) Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation über Kap. 38 und 39 des Rechnungsjahres 1902/03, Justizministerium nebst Kanzlei und Sportplatz, sowie Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaften beim Oberlandesgericht nebst Kanzlien betreffend. (Drucksache Nr. 53.)

Nach Vortrag der Petition, die keine Eingänge von Belang enthält, tritt man in die Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Neu- und Erweiterungsbauten bei Land- und Amtsgerichten referiert im Auftrage der Finanzdeputation A an Stelle des verhinderten Abg. Kollfuß der Vorsitzende der Deputation.

Abg. Hänel (kons.). Er beantragt, die Kammer wolle bei Tit. 16a bis f des Kapitels 40, einmalige außergewöhnliche Ausgaben, künftig einfallend, allenthalben nach der Vorlage, und zwar zu a) 715 000 Mk. gemeinjährig für den Neubau des Justizgebäudes und der Erweiterungsbauten am Münchner Platz in Dresden als dritte und letzte Rate zu bewilligen und deren Deckungsfähigkeit mit Tit. 2 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1904/05 genehmigen, b) 11 500 Mk. gemeinjährig für den Erweiterungsbau des Amtsgerichtsgebäudes in Ostzig bewilligen, c) 150 000 Mk. gemeinjährig für den Neubau eines Geschäftshauses für die nichtstreitige Rechtspflege bei den Amtsgerichten Leipzig und für die Zollabfertigung für Postgüter an Stelle des abzubrechenden alten Lotteriedirektionsgebäudes in der Johannisgasse zu Leipzig (anteilige erste Bauphase) bewilligen und die darauf bezügliche Petition des Hausbesitzvereins Leipzig-Ost auf sich beruhen lassen, d) 7500 Mk. gemeinjährig zum Ankauf eines Bauplatzes für ein Amtsgerichtsgebäude mit Gefangenenhaus in Schneeberg bewilligen, e) 8500 Mk. gemeinjährig zum Ankauf eines Bauplatzes für ein neues Amtsgerichtsgebäude mit Gefangenenhaus in Taucha bewilligen, f) 750 Mk. gemeinjährig zum Ankauf eines Grundstückes am Amtsgerichte zu Markneukirchen bewilligen; auch die zu Tit. 16 vorbehaltenen unbeschränkte Übertragbarkeit, so weit dies nicht schon geschehen, genehmigen.

Im Etat selbst ist eine ausführliche Begründung dieser Forderungen nicht enthalten, sie ist erst später eingegangen.

Abg. Braun (natl.) bedauert, daß auch diesmal keine Forderung für den Bau eines neuen Amtsgerichtsgebäudes in Freiberg eingestellt worden sei. Die Summe zum Ankauf des Bauplatzes sei bereits in den Etat eingestellt, aber mit Rücksicht auf die Finanzlage wieder gestrichen worden. Er lege die Forderung, die unabweisbar geworden sei, den beteiligten Ministerien nochmals dringend ans Herz.

Da sich niemand zum Wort meldet, läßt der Präsident abstimmen. Die Bewilligung wird einstimmig ausgesprochen. Als Referent darauf fort-